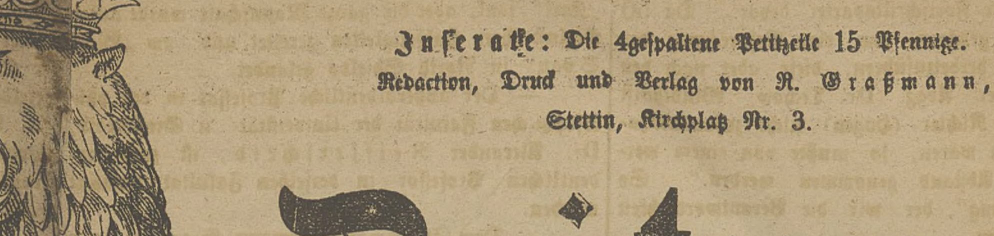
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. **Montag, den 30. Dezember 1878.** **Nr. 608.**

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Reichstags- und Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, unsere telegraphischen Depeschen sind so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin den orientalischen Angelegenheiten, eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir werden ebenso für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen. Der Preis der einmal täglich erscheinenden **Pommerschen Zeitung** beträgt auf allen Postanstalten außerhalb vierteljährlich nur **eine Mark fünfzig Pfennige.** Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin **in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.**

Die Redaktion.

Deutschland.

** **Berlin**, 29. Dezember. Die von verschiedenen Zeitungen kolportirte Nachricht, daß eine erneute Zusammenkunft sämmtlicher Mitglieder der Heidelberger Konferenz beabsichtigt gewesen, aber aufgegeben sei, ist unrichtig. In den maßgebenden Kreisen ist von einer solchen Absicht nichts bekannt. Die weitere Mittheilung, daß im Laufe des künftigen Monats die Chefs der Finanzverwaltung der süddeutschen Staaten in Berlin erwartet werden, um an den Berathungen des Bundesrathes theilzunehmen, ist zwar wohl nur eine Kombination, aber bei der großen Wichtigkeit der betreffenden Berathungen eine sehr naheliegende.

Am Montag findet wieder eine Sitzung des Bundesraths statt, in welcher über die geschäftliche Behandlung der Vorlage in Betreff der Revision des Zolltarifes Beschluß gefaßt werden soll. Außerdem steht eine Vorlage, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen wegen Beschränkung der Baufreiheit in den neuen Stadttheilen zu Straßburg, die Anträge Waldecks und Schaumburg-Lippes auf Entbindung von der Verpflichtung zur Anstellung eines Fabrikinspektors und die Wahl eines Mitgliedes des Disziplinarhofes auf der Tagesordnung.

Der Vicepräsident des Staatsministeriums, Graf Stolberg, kehrt am 31. Dezember von Wernigerode zurück, um an dem Neujahrsempfang im kaiserlichen Palais theilnehmen zu können.

Der Finanzminister Hobrecht wird, wie wir hören, nach Wiederzusammentritt des Landtages demselben eine Uebersicht über die Resultate der Steuereinschätzung der Gebäudesteuer vorlegen.

** **Berlin**, 28. Dezember. Die Frage, ob den Amtsvorstehern die Anlegung eines Amtszeichens bei Ausübung ihres Berufes vorzuschreiben oder zu gestatten sei, ist durch einen allerhöchsten Erlaß dahin entschieden worden, daß die Amtsvorsteher bei Ausübung ihres Amtes einen Adler aus Silber oder silberähnlichem Metall anlegen dürfen, welcher auf der linken Brustseite des Rockes oder an der Kopfbedeckung anzuheften ist, oder die Amtsvorsteher dürfen auch eine Uniformmütze aus dunkelblauem Tuch mit dunkelblauem Sammetstreifen und mit der preußischen Kokarde anlegen, über welcher der vorbezeichnete Adler befestigt ist. Von einer obligatorischen Einführung eines solchen Amtsabzeichens ist Abstand genommen worden. Die Anlegung bleibt dem Ermessen der Amtsvorsteher überlassen. Zu einer Abänderung der Bestimmungen über die Amtsabzeichen der Gemeindevorsteher hat sich nach den Berichten der Provinzialbehörden ein Bedürfniß nicht herausgestellt; es bleibt daher bei den bestehenden Vorschriften.

Berlin, 28. Dezember. Wie wir erfahren, ist der Handelsminister Herr Maybach gestern Abend zum Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh gereist. Es steht, wie man uns ferner mittheilt, in erster Linie diese Reise im Zusammenhang mit der zu befolgenden Eisenbahnpolitik und besonders mit dem Ankaufe von Privatbahnen, der auf Wunsch des Fürsten in schnellerem Tempo betrieben werden soll, als dies bisher geschehen ist.

— Von unterrichteter Seite erfährt das „D. M. B.", daß den Mitgliedern des preußischen Staatsministeriums von dem Inhalte des Schreibens des Reichskanzlers an den Bundesrath bis zum Momente der Absendung desselben nichts bekannt war. Daß im preußischen Staatsministerium dem Programm des Reichskanzlers keine Opposition gemacht werden wird, ist fast selbstverständlich, und man ist einigermaßen gespannt darauf, ob der landwirthschaftliche Minister Dr. Friedenthal sich auch eventuell für Getreide- und Viehzölle erklären wird. An der vom Reichskanzler erlassenen Staatsschrift hat zum großen Theile Fürst Bismarck selbst gearbeitet, das weitschichtige Material ist ihm vom Abgeordneten Freiherrn v. Varnbüler zugestellt worden, der seit Jahr und Tag schon der Berather des Reichskanzlers in wirthschaftlichen Fragen gewesen. Es heißt, Geheimer Rath Lothar Bucher soll die Staatsschrift schließlich in der erlassenen Form zusammengestellt haben.

— Das Vorgehen des Reichskanzlers hat die volkswirthschaftlichen Fragen wieder derartig in den Vordergrund geschoben, daß überall eine lebhafte Erörterung derselben eröffnet ist. Hier bewegt sich die Diskussion mehr auf dem Gebiete der kritischen Beleuchtung der Ausführungen des Reichskanzlers, dort läßt man die Motive vorläufig ganz bei Seite und beschäftigt sich mit dem konkreten Inhalt des Reformplanes. Daneben wird in die Prüfung der Mittel eingetreten, welche dem Reichskanzler für die Verwirklichung seines Planes zu Gebote stehen, und erörtert, wie das Land denselben aufnimmt. In letzterer Beziehung begegnen wir einer interessanten Bemerkung in der nationalliberalen „Bad. Landeszeitung." Dieselbe schreibt:

„Mit fester Bestimmtheit hat der Reichskanzler das Wort ausgesprochen, als mächtigen Sekundanten führt er das soziale und wirthschaftliche Unheil in die Schranken für indirekte Steuern, für Zollschranken und für Eisenbahntarifreformen, damit nicht die Bahnen den Zollsatz gleichsam wieder verschwinden machen. Es ist schwer, darüber ein festes Urtheil zu geben. Aber Stimmung und Stunde sprechen für den Reichskanzler. Kaum kann bezweifelt werden, daß, was auch die Parteien in den Parlamenten sagen mögen, der Sinn des Volkes dem Kanzler jetzt schon recht giebt. Es verzichtet auf das Ideal und will oder hofft doch einfach Hülfe für die Gegenwart und nächste Zukunft. So seltsam und so wechselvoll sind die Dinge der Politik und zumal der wirthschaftlichen Politik."

In ähnlichem Sinne spricht sich der gleichfalls nationalliberale „Rhein. Cour." in seiner heutigen Ausgabe über die Zoll- und Steuerpolitik des Reichskanzlers aus. Er schreibt:

„Es ist richtig, daß, je weiter der Reichskanzler sich von der bisherigen Zoll- und Steuerpolitik entfernt, desto größer der Widerstand sein muß, auf den er stoßen wird. Darum sich in Sicherheit zu wiegen, könnte seine Gegner leicht zu Enttäuschungen führen. Die Kraft des neuen Programms liegt nicht in der Person dessen, der es einbringt, sondern darin, daß es Ideen vertritt, die thatsächlich in großen Volksschichten verbreitet sind und unter den Wählern leichter populär zu machen sind, als alle auf Wissenschaft und Erfahrung aufgebauten Theorien."

Auch in den Reichslanden hat das Programm des Reichskanzlers allgemein einer sympathischen Aufnahme begegnet. Die Annäherung desselben an die so schmerzlich vermißte französische Zollpolitik, an das Ideal des Herrn Thiers, ist in der That zu groß dazu. Das „Elsasser Journal" giebt diesen Gefühlen in eingehender Weise Ausdruck und sagt u. A.:

„Die Reformen, welche der Reichskanzler in Deutschland einführen will, sind daher in jeder Beziehung ausgezeichnet."

Ganz im Gegensatz dazu wird überall, wo die Vertretung der Handelsinteressen und des Exports im Vordergrunde steht, auf die Einseitigkeit des vom Reichskanzler entworfenen Reformplanes hingewiesen und hervorgehoben, wie gänzlich die Rücksicht auf die Handelsinteressen dabei außer Acht gelassen ist.

Auch Freunden des Programms stoßen bei näherer Prüfung desselben ernstliche Bedenken auf. So rechnet die „Schl. Ztg." an einem praktischen Beispiel die Vertheuerung des Brodes durch Getreidezölle nach. Sie wendet sich gegen eine Ausführung der „Allgem. Ztg. für Land- und Forstwirthe", daß durch einen Getreidezoll von 50 Pf. pro Centner das Pfund Brod nur um $^3/_8$ Pfennige, d. i. 4 Proz. vertheuert werden würde und daß dies als eine geringfügige Wirkung bezeichnet wird.

Ganz zufrieden sind die klerikalen Blätter nicht mehr, die den Reigen mit einer lebhaften Zustimmung zu dem Reformplane des Reichskanzlers eröffneten.

Auch die „Germania" macht heute ihre Reserven. Sie schreibt am Schlusse eines zweiten Artikels über den Bismarck'schen Plan:

„Wir wissen sehr wohl, welche Einwände und Einschränkungen gegen diese unsere Stellung zu dem steuer- und zollpolitischen Schreiben des Fürsten Bismarck zu machen sind. Wir werden unsererseits der Erörterung auch keineswegs aus dem Wege gehen. Für heute lag uns nur daran, unsere Stellung zu den Hauptpunkten im Wesentlichen zu bezeichnen, weil unsere Leser wie unsere Freunde und Gegner außerhalb ein Recht darauf haben."

— Der auf morgen (Montag) anberaumten Plenarsitzung des Bundesraths, [illegible] geschäftliche Behandlung des wirthschaftlichen Schreibens des Reichskanzlers vom 15. d. M., betreffend die Revision des Zolltarifs, Beschluß gefaßt werden soll, sieht man mit großer Spannung entgegen. Von der Ueberweisung des Schreibens an die zuständigen Ausschüsse behufs materieller Prüfung desselben, welche auswärtige Blätter ankündigen, kann nicht mehr die Rede sein, nachdem der Bundesrath am 12. d. beschlossen hat, die Frage der Tarifrevision einer besonderen Sachverständigen-Kommission zu übertragen. Zudem hat der Bundesrath sich von vorn herein jeder Meinungsäußerung über Richtung und Umfang der Revision enthalten. Die stillschweigende Ueberweisung der Denkschrift des Reichskanzlers, welche, wie positiv versichert wird, ohne jede Mitwirkung der betheiligten preußischen Ressorts zu Stande gekommen ist, an die Revisions-Kommission unter Vorsitz des Freiherrn von Varnbüler könnte gleichwohl als eine Befürwortung der reichskanzlerischen Vorschläge gedeutet werden. Die Vertagung des Beschlusses in der letzten Bundesrathssitzung ist lediglich zu dem Zwecke erfolgt, den Bevollmächtigten Zeit zur Einholung von Instruktionen zu lassen. Wie es scheint, beabsichtigen mehrere Regierungen, Erklärungen abzugeben, welche geeignet sind, der Ueberweisung des Schreibens an die Kommission jede sachliche Bedeutung zu nehmen. Selbst stark schutzzöllnerisch gesinnte Regierungen dürften sich gegen die von dem Reichskanzler vorgeschlagene Einführung der allgemeinen Eingangsabgaben aussprechen. Seitens einiger Regierungen sind schon in der letzten Sitzung des Bundesraths ernste Bedenken gegen dieses Projekt erhoben worden.

— In unterrichteten Kreisen wird behauptet, daß die am 3. Januar hier zusammentretende Kommission zur Revision des Zolltarifs ihre Arbeiten so beschleunigen solle, daß dem Reichstage bereits in der nächsten Session eine betreffende Vorlage zugehen könne. Der Reichskanzler hält gerade den gegenwärtigen Zeitpunkt für den geeigneten, um für seine Pläne sowohl im Bundesrathe, als im Reichstage eine Majorität zu gewinnen. Es wird uns mitgetheilt, daß das Material, welches der Kommission für ihre Berathungen unterbreitet werden soll, im Reichskanzleramte vollständig vorbereitet und gesichtet ist, so daß die Berathungen ohne Stockung verlaufen werden. Auch von anderer Seite, namentlich vom Vorsitzenden, dem Abg. Freiherrn von Varnbüler, wird vielfaches Material herbeigeschafft werden. Die von langer Hand betriebene Angelegenheit kommt ja am allerwenigsten den Schutzzöllnern überraschend, vielmehr haben diese die Zwischenzeit redlich benutzt, um für ihre Interessen Propaganda zu machen. Ueberdies ist auch im Reichskanzleramte ein Exemplar des im Auftrage der Schutzzöllner von den Herren Dr. Grothe und Regierungsrath Beutner ausgearbeiteten autonomen Zolltarifs für Deutschland vorhanden. Keinesfalls möge man sich auf gegnerischer freihändlerischer Seite dabei beruhigen, daß ein praktisches Ergebniß aus den Berathungen der Kommission für die Revision des Zolltarifes in der nächsten Reichstagssession nicht zu erwarten steht.

— Unsere offiziösen Blätter drucken jetzt mit Vorliebe solche Beschlüsse von landwirthschaftlichen Vereinen, Korporationen ꝛc. ab, welche sich für ein Schutzzollsystem mit Getreidezöllen aussprechen. Wir hören, daß auf Grund des Programms des Reichskanzlers in agrarisch gesinnten Kreisen und solchen, die sich von den Industriellen haben einfangen lassen, für die Einführung der Getreidezölle eine höchst lebhafte Agitation betrieben wird. Es sind Formulare gedruckt und verbreitet worden, welche an der Spitze die bekannte Erklärung der 204 Reichstags-Abgeordneten vom 17. Oktober enthalten, mit nachstehender Bemerkung:

„Obiger Erklärung der freien volkswirthschaftlichen Vereinigung des Reichstages, dieser bedeutsamen Kundgebung des nationalen Geistes gegen das unserem Vaterlande so verderbliche kosmopolitische Freihandelsthum, schließen wir uns zustimmend an, sind jedoch dabei der Ansicht, daß nur ein genügender Schutz der gesammten nationalen Arbeit Deutschland von seinem offenbaren wirthschaftlichen Rückgange befreien kann. (Genau wie es das Programm des Reichskanzlers anstrebt.) Insbesondere verlangt unsere bedrängte Landwirthschaft einen Minimal-Einfuhrzoll von 15 Prozent des Werthes auf jeglichen Import, sei es Getreide, Fleisch ꝛc. Zugleich ist die Reichsregierung durch ein Gesetz zu [illegible] sigen, wirthschaftspolitischen Operationen des Auslandes, wie Ausfuhrprämien, Differentialtarife und Bevorzugungen anderer Art sofort einen genügenden Ausgleichszoll zu diesem Einfuhrzoll noch hinzuzusetzen."

Diese Cirkulare werden massenhaft versandt, um später, mit Tausenden von Unterschriften bedeckt, zu richtiger Stunde als Hauptagitationsmittel benutzt zu werden.

— Wie wir hören, haben die Beamten der Post- und Telegraphen-Verwaltung an diesem Weihnachtsfest keine Gratifikation erhalten; es sind nur beim Beginn des Winters den Unterbeamten Feuerungsmaterialien als Zulage gewährt worden. General-Postmeister Stephan scheint also die im Reichstage laut gewordenen Wünsche, das ganze Gratifikations-System aufzugeben, beherzigt zu haben. Es fragt sich dabei nur, ob die nun wegfallenden Gratifikationen sich auch, wie der Reichstag ebenfalls wünschte, in eine regelrechte Gehaltserhöhung für die Post- und Telegraphen-Beamten verwandeln werden. Bei der Finanzlage des Reiches ist allerdings kaum anzunehmen, daß der nächste Reichshaushalts-Etat die allseitig geforderten Zulagen bringen wird. Man wird vielmehr jetzt bei uns auf allen Gebieten, wo es sich um praktische und gerechte Mehrausgaben handelt, immer auf die goldene Zeit verweisen, wo, Dank der neuen Steuer- und Zollreform, für die geforderten Zwecke reichlichere Mittel vorhanden sein werden. Hoffentlich wird Herr Stephan alsdann der erste sein, welcher für seine Beamten die etatsmäßige Zulage durchsetzen wird.

— Ueber die vor Kurzem im Abgeordnetenhause vom Abg. Dr. Paur gestellte Interpellation betreffs des Dotationsgesetzes für Lehrer erfährt die „Preußische Lehrerzeitung" einige interessante Details. Es heißt dort unter Anderem: Für Manche kam es überraschend, daß selbst die Fortschrittspartei auf die Besprechung der Interpellation verzichtete. Die Nationalliberalen waren darüber stark verschnupft, daß die Fortschrittspartei, ohne sie zu fragen, allein mit der Interpellation vorgegangen war. In der Fraktion der Fortschrittspartei war kein Beschluß gefaßt worden, weder für noch gegen die Besprechung im Plenum. Deshalb wurde vom Abg. Knörcke auf dem Bureau der Antrag auf Besprechung gestellt. Abg. Richter (Hagen) hielt jedoch eine Besprechung nicht für angezeigt und verlangte von Knörcke privatim die Zurückziehung seines Antrages „aus Parteidisziplin." Als der Abg. Knörcke dies verweigerte, soll etwas kaum Glaubliches passirt sein. Richter soll sich einfach vom Präsidenten von Bennigsen den schriftlichen Antrag Knörcke's ausgebeten, ihn also zurückgezogen und Herrn Knörcke wieder zurückgegeben haben. Der Ort und weitere Rücksichten sollen Knörcke abgehalten haben, Richter

mit vollem Nachdruck entgegenzutreten, jedoch stehen wohl weitere Auseinandersetzungen zunächst innerhalb der Fraktion der Fortschrittspartei bevor. Da 50 Stimmen dazu gehören, um eine Besprechung der Interpellation herbeizuführen, diese aber nach den Erklärungen der Abgg. Dr. Techow, Windthorst (Meppen) und Richter (Hagen) nicht zusammenzubringen gewesen wären, so mußte von einem weiteren Versuche Abstand genommen werden." So die „Lehrerzeitung", der wir die Verantwortlichkeit hierfür überlassen.

Ausland.

Wien, 28. Dezember. Das der ungarischen Regierung nahe stehende Journal „Ellenör" erklärt das sensationelle Gerücht von einer Vermehrung der Polizeiorgane in Gödöllö und von Nachforschungen nach einem den Behörden signalisirten sächsischen Sozialdemokraten für unbegründet. Das hiesige „Telegraphen-Correspondenz-Bureau" erfährt, das inzwischen in Sachsen verhaftete Individuum, das vor einiger Zeit in Pest und Umgegend sich aufgehalten habe und durch allerlei Aeußerungen verdächtig geworden sei, habe ausgesagt, daß es die fraglichen Aeußerungen in trunkenem Zustande gethan habe.

Paris, 28. Dezember. Die „Gazette des Tribunaux" bestätigt, daß Fremy, der frühere Gouverneur des Credit Foncier, so wie die früheren Untergouverneurs dieser Anstalt, Soubeyran und Leviez, wegen Vertheilung einer fictiven Dividende und wegen der in dieser Angelegenheit am 25. Dezember mit Beschlag belegten Papiere gerichtlich belangt werden. Der Prozeß kommt vor den Appellhof, weil Fremy Großoffizier der Ehrenlegion ist.

Als besondere Gnade des Czaren erhielt Abjakow die Erlaubniß, wieder nach Moskau zurückzukehren.

Gestern fand in der Großen Oper die erste Vorstellung der „Reine Berthe" von Barbier und Foncier statt; die Oper fiel aber vollständig durch.

In Folge des raschen Schneeschmelzens stieg die Seine seit gestern um einen Meter, trat an vielen Stellen aus den Ufern und richtete Schaden an.

Heute brannten in Lyon die an die Werkstätten des Eisenbahnhofs La Moche stoßenden Vorrathskammern ab. Der Schade wird auf 2 Mill. Frs. geschätzt; Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Der Kriegsminister hat angeordnet, daß unter den Siegen, welche auf die neuen französischen Fahnen eingeschrieben werden, auch der von Bapaume erscheint. (Wenn diese Art, einen Sieg zu erringen, den Franzosen Freude macht, so wird man in Deutschland nichts dagegen haben.)

Gestern Abend fand das jährliche Bankett der hiesigen englischen Handelskammer im Café Riche unter dem Vorsitz Pilter's statt. Toaste wurden auf die Königin von England, den Prinzen von Wales und Mac Mahon ausgebracht.

London, 28. Dezember. Die Bedingungen, unter welchen die englische Regierung Jacub Khan Frieden gewähren will, bestehen 1) in Abtretung der afghanischen Gebietstheile, welche die wichtigsten Pässe nach Indien umfassen und zur Zeit schon größtentheils in Händen der englischen Truppen sind; 2) in der Zulassung von englischen Bevollmächtigten in Kabul, Kandahar und Herat und 3) in der Versicherung, keinerlei Abkommen mit Rußland ohne englische Genehmigung zu treffen.

London, 28. Dezember. Vom afghanischen Kriegsschauplatze sind neuere Nachrichten nicht eingetroffen. Die Ankunft Jakub Khans in Djellalabad sieht die „Times" als ein Zeichen an, daß ein beträchtlicher Theil der Bevölkerung Afghanistans geneigt sei, mit England zu unterhandeln. Jedenfalls müsse der künftige Beherrscher von Afghanistan das Versprechen leisten, daß er unter keinen Umständen ermangeln wolle, ein Freund der Freunde und ein Feind der Feinde der englischen Regierung zu sein und die englische Regierung müsse für die Erfüllung dieses Versprechens ausreichende Bürgschaften erhalten. Diese Nothwendigkeit erheische zwar ein Vorschieben der bisherigen Grenze von Indien, indeß werde die Regierung weise und gerecht handeln, wenn sie nur mäßige Bedingungen stelle.

Madrid, 28. Dezember. Die von dem Attentäter Oliva y Moucasi gegen das Todesurtheil eingereichte Nichtigkeitsbeschwerde ist zurückgewiesen worden.

Provinzielles.

Stettin, 30. Dezember. Am 14. Januar 1879, Vormittags 8 Uhr, findet im Devantier'schen Lokale vor dem Königsthore das „Schiffer-Musterungs-Geschäft für den Aushebungs-Bezirk Randow" statt. Zu demselben haben sich alle bis zum Schlusse des Jahres 1858 geborenen, im Aushebungsbezirke gestellungspflichtigen Seeleute von Beruf, d. h. solche Leute, welche a. mindestens ein Jahr auf deutschen See-, Küsten- oder Haff-Fahrzeugen gefahren sind; b. See-, Küsten- und Haff Fischer, welche die Fischerei mindestens ein Jahr gewerbsmäßig betrieben haben; c. Schiffszimmerleute, welche zur See gefahren sind; d. Maschinisten, Maschinisten-Assistenten und Heizer von See- und Fluß-Dampfern, sowie die Schifffahrt treibenden Militärpflichtigen der Landbevölkerung zur Vermeidung der gesetzlichen Strafen einzufinden und ihre Militärpapiere und Schiffsatteste mit zur Stelle zu bringen. Ausgenommen hiervon sind nur Diejenigen, welche schon beim diesjährigen Ersatz-Geschäft zurückgestellt, oder mit Ausstand bis zum 1. Januar 1880 versehen sind.

— Die deutsche Brigg „Karl" aus Wolgast, Kapitän Koch, in Ballast von London kommend, stieß am 24. d. M. Abends vor dem Hafen von Shields an der Tynemündung mit dem Schraubendampfer „Black Swan", der mit Kohlenfracht die Reise nach Boulogne angetreten hatte, zusammen. Der „Karl" sank, aber die ganze Mannschaft wurde unter Verlust ihrer Habseligkeiten gerettet und vom „Black Swan" in North Shields gelandet.

— Der außerordentliche Professor in der philosophischen Fakultät der Universität zu Greifswald, Dr. Alexander Reifferscheid, ist zum ordentlichen Professor in derselben Fakultät ernannt worden.

— Dem Steuermann Hermann Saatmann zu Wieck a. d. Dars im Kreise Franzburg ist die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

— Am dritten Weihnachtsfeiertage Nachmittags entfernte sich die 24jährige Louise Ripson aus der Wohnung ihres Stiefvaters, des Revierlootsen W. Köhler, um ein Tanzvergnügen zu besuchen, ist seitdem aber nicht wieder zurückgekehrt und muß angenommen werden, daß derselben ein Unglück zugestoßen ist.

— Dem Arbeiter Schultz wurde am Sonnabend Abend auf der Pölitzerstraße aus seinem Jaquet ein Portemonnaie mit ca. 15 Mk. Inhalt gestohlen.

Stargard, 28. Dezember. In der heutigen Kriminalgerichts-Sitzung wurde der 28 Jahre alte, aus Kitzerow gebürtige Knecht Wilh. Ferd. Modrow der Anklage gemäß für schuldig erkannt, am 11. Oktober d. J. bei Kitzerow die unverehel. Olga Bläske vorsätzlich getödtet zu haben, zu dieser Tödtung aber durch das ausdrückliche und ernste Verlangen der Bläske bestimmt worden zu sein. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu einer 5jährigen Gefängnißstrafe. — Am Weihnachtsheiligen-Abend geriethen zwei zum Eisen kommandirte Soldaten in einen Wortwechsel, wobei der Eine mit seinem Spaten nach seinem Kameraden schlug und diesen so unglücklich an den Schläfen traf, daß sein Tod auf der Stelle erfolgte. Der Getödtete soll aus der Gegend von Labes und bereits verheirathet sein. Der Verbrecher wurde sofort arretirt.

Kienitz, 27. Dezember. (Die Rinderpest.) Die Provinz Pommern ist bis jetzt von dem unheimlichen Gast, die Rinderpest, verschont geblieben. Desto mehr ist der Regierungsbezirk Frankfurt a. O. von derselben heimgesucht worden. Durch die Ochsen des Handelsmanns Krüger aus Bandsburg, welcher jeden Herbst des Jahres zu wiederholten Malen hierher kommt, ist die Pest eingeschleppt und verbreitet. Die Ochsen des p. Krüger sind auf der Ostbahn, so ziemlich an der polnischen Grenze, verladen und in Küstrin wieder ausgeladen. Von dort wurden dieselben zum Markt in Bärwalde gebracht und von dort kam der p. Krüger mit seinen Ochsen nach Kienitz. Hier wurde ihm ein Ochse in dem Bonadt'schen Gasthofe, wo er übernachtete, krank. Derselbe wurde am 24. November von dem Schlächter Lua zu Groß-Neuendorf gekauft und geschlachtet. Der p. Lua und auch andere Schlächter konnten die Ursache der Krankheit nicht finden und ist das Fleisch in Groß Neuendorf und in Letschin verkauft worden. Am 25. November trieb der p. Krüger seine Ochsen nach der Oder zur Tränke und nachdem derselbe ungefähr fünfzehn Minuten mit seinen Ochsen zurück war, trieb der Bauer Kulike mit seinen 10 Stück Rindvieh ebenfalls nach der Tränke. Als das Kulike'sche Vieh nach dem Hofe zurückgekehrt war, schickte der Gastwirth Brechmann seine Kuh zu dessen Bullen zum Rindern. Am 27. November war in Küstrin Viehmarkt, wo Krüger mit seinen Ochsen ebenfalls den Markt besuchte, und verkaufte, unter Anderm auch an den Gutsbesitzer Nagel in Halsenow einige Ochsen, welche sofort von der Rinderpest befallen wurden; dieselbe wurde auch von dem Thierarzt konstatirt. Die Untersuchung wurde gegen Krüger eingeleitet und alle Maßregeln zur Verhütung resp. Weiterschleppung der Rinderpest von den Behörden getroffen. Leider ist aber dennoch die Pest, wie ja öffentlich bereits bekannt gemacht, an viele Orte des Regierungsbezirks Frankfurt a. O. verschleppt. Den Lesern Ihrer geschätzten Blätter, aber auch den Sachverständigen dürfte es interessant sein, über den Verlauf der Rinderpest im hiesigen Orte etwas Näheres zu erfahren.

Wie oben bemerkt, wurde am 24. November ein Ochse des p. Krüger krank und wie nachher konstatirt wurde, an der Rinderpest. Ungefähr am 3. Dezember fiel bereits ein Stück Jungvieh des p. Kulike, der Rinderpest verdächtig, und wurde sofort die Sperre der Gehöfte des Gastwirths Bonadt und des Bauern Kulike angeordnet. Am 6. Dezember zeigten sich bereits Symptome der Rinderpest an dem Bullen und den Ochsen, welche Kulike für sich zum Schlachten schon früher kaufte. Am 8. Dezember verendete bereits der Bulle, ehe der Thierarzt wieder zugezogen werden konnte. Da beim Oeffnen des Kadavers des Bullen die Rinderpest als ganz bestimmt konstatirt wurde, ist am 9. Dezember sämmtliches Rindvieh des Bauern Kulike, sowie die Schafe erschossen worden. Man vermuthete auch eine Ansteckung der Rinderpest der Brachmann'schen Kuh durch den Bullen und ordnete auch hier der Vorsicht halber am 9. Dezember die Gehöftssperre an. Da sich bei der Kuh aber keine Symptome der Rinderpest zeigten, wurde dieselbe am 18. Dezember, also 23 Tage nachdem die Kuh beim Bullen gewesen, aufgehoben. Ungefähr am 14. Dezember erkrankte aber wieder das Rindvieh des Bauern Raabe an der Rinderpest und wurde auch hier sämmtliches Vieh erschossen.

Am Tage der Aufhebung der Sperre des Brachmann'schen Gehöftes zeigten sich aber schon wieder Anzeichen von einer Krankheit bei der Kuh; da aber, wie gesagt, bereits 23 Tage vergangen waren und die andere Kuh, welche nicht dabei stand, ganz gesund war, so nahm man an, daß die Kuh eine andere Krankheit hatte. Am 2. und 3. Tage wurde die Kuh von Thierärzten untersucht und noch nicht von der Rinderpest befallen erklärt. Am 5. Tage waren aber schon Symptome der Krankheit zu erkennen und am 6. Tage war dieselbe bereits verendet. Am 30. Tage wurde der Kadaver der Kuh untersucht, die Rinderpest konstatirt, auch bereits die Krankheit an der bisher gesunden Kuh erkannt und wurde dieselbe ebenfalls erschossen.

Was den Taxwerth des Viehes anbetrifft, so ist der Werth von den verschiedenen Taxatoren anders angenommen. Trotzdem im Ganzen genommen der Verlust für unseren Ort an Vieh bedeutend ist, so ist das Unglück im Vergleich zu dem, welches sich auf unserer Domäne unter dem Vieh des königl. Amtsraths O. Koppe, Amt Kienitz, am 23. Dezember gezeigt hat, immer nur als eine Kleinigkeit zu rechnen, denn am 29. Dezember sollen dort schon über 100 Ochsen, welche von der Seuche befallen sind und über 450 Mk. das Stück kosten, todtgeschossen worden sein, ebenso 300 Schafe. Wie wir hörten, soll das Vieh in dem infizirten Stalle auf 77,800 M. taxirt sein. In demselben Stalle befinden sich noch sämmtliche Kühe der Domäne und noch ca. 60 Ochsen; circa 300 Schritt von diesem Stalle entfernt ist der andere Ochsenstall, und wie wir hören, soll alles Vieh in demselben noch gesund sein.

Wodurch ist nun die Brachmann'sche Kuh angesteckt? durch den Bullen oder aber durch wen sonst?

Nach dem Urtheil sämmtlicher drei Thierärzte wäre die Zeit von 23 Tagen zu lange, als daß die Kuh durch den Bullen hätte angesteckt werden können; in der ganzen Zwischenzeit ist nur einmal, am 9. Dezember, ein Thierarzt, und zwar nicht weiter als bis über die Schwelle, im Stalle gewesen, ohne die Kuh zu berühren. Sonst ist Niemand als die Tochter des Brachmann, welche fütterte, in den Stall gekommen, ja, die Vorsicht ist von Brachmann soweit gegangen, daß er sogar das Häckselschneiden eingestellt und die Kühe nur mit gutem Heu gefüttert hat, damit Niemand weiter im Stalle zu sein brauchte; auch wechselte die Tochter, welche fütterte, jedesmal die Kleider.

Auf welche Art die Pest nach dem Gehöft des p. Raabe, welcher ganz isolirt wohnt, gebracht worden, konnte auch nicht ermittelt werden; ebenso hat der Amtsrath Koppe, welcher ja selbst im Seuchenbezirke Kommissar ist, gewiß den größten Fleiß, auch gewiß die größte Vorsicht angewandt, die Krankheit nicht nach Amt Kienitz zu verschleppen. Eine sachverständige Aeußerung würde gewiß hier von Interesse, auch für die Folge von Nutzen sein.

Vermischtes.

— Ein hübscher Zug, der sich an den Unfall, den der Kronprinz jüngst in seinem Wagen erlebte, knüpft, wird uns von „unserm Fritz" erzählt. Der Kutscher, der den Kronprinzen am Weihnachtstage fuhr, ist ein besonderer Günstling von ihm. Er ist noch ein ziemlich junger Kutscher und seine älteren „Kollegen" sehen eben der Begünstigung durch den Kronprinzen wegen durchaus nicht ohne Neid auf ihn. Als nun der Unfall passirt, als er „gestürzt" war, da hielten die älteren Kollegen den „Sturz" für einen kompleten. Eine Stunde aber nach dem Unfalle erschien der Kronprinz selber im Stalle und erkundigte sich danach, wodurch der Unfall denn herbeigeführt worden wäre, worauf der Kutscher ihm mit betrübter Miene sagte, seine Finger wären von der Kälte so steif gewesen, daß er nicht die volle Gewalt über die Zügel gehabt habe. Der Kronprinz aber klopfte dem jungen Manne lächelnd auf die Schulter und meinte, das könne am Ende Jedem passiren und ihm selber thäte der Unfall gewiß am meisten leid. Sprach's, stieg aus dem Stalle wieder hinauf nach dem Palais und große Enttäuschung herrschte bei den älteren, dem jüngeren „Konkurrenten" durchaus nicht sehr gewogenen Kollegen.

— In einer Zuschrift an den Frankfurter „Beobachter" giebt Friedrich Stoltze, der bekannte Lokal-Humorist und Herausgeber der Frankfurter „Laterne", über die sogenannte „Offenbacher Frau" alias „Große Unbekannte" folgende Aufklärung: „Das ungelöste Räthsel" ist längst gelöst. Die famose ungarische Königstochter des Herrn Emil Pirazzi und des Herrn Lehrer Eck zu Offenbach ruht schon längst in der Fürstengruft ihrer Ahnen. Sie starb schon zu Ende der 50er Jahre in ihrem Residenzschloß-Zuchthaus zu Aschaffenburg und wurde ihrem hohen Range als Landstreicherin gemäß mit den üblichen fürstlichen Ehren begraben. Sie war s. Z. einem Zuchthaus entsprungen, in welchem sie mit einer Zigeunerin ein Zimmer bewohnte und von dieser einige ungarische Worte aufgefangen hatte. Als sie in der Nähe Offenbachs aufgefunden wurde, verstand sie keine von allen lebenden Sprachen. Sie antwortete auf alle Fragen nur mit „Prrrrr"! Der Lehrer Eck hat ein dickes gelehrtes Werk über sie geschrieben. Emil Pirazzi schwärmte für sie. Man glaubte, die Prinzessin sei noch nicht konfirmirt, und sie war doch schon 17 Jahre alt nach ungefährer Schätzung. Eck gab Ihrer Königlichen Hoheit Unterricht in der Religion, Emil Pirazzi in der deutschen Poesie. Als man sie lutherisch konfirmiren wollte, entsprang sie, denn sie war bereits in Baiern katholisch konfirmirt. Sie wurde in der Nähe Aschaffenburg's wieder ergriffen und wieder in das dortige Zuchthaus gebracht. Herr Schuldirektor Sommerlath und Herr Pfarrer Manschow, beide von Offenbach, reisten auf erhaltene Anfrage nach Aschaffenburg und überzeugten sich, daß die ungarische Königstochter, der vermeintliche Caspar Hauser und die seiner Zeit wegen unverbesserlicher Landstreicherei im Aschaffenburger Zuchthaus gewesene, dort entsprungene und nun wieder da Sitzende ein und dieselbe Person sei. Tiefes Verstummen zu Offenbach. Emil Pirazzi verhüllte seine ungarische Königsharfe mit Trauerflor, der Lehrer Eck zog das Manuskript eines zweiten dicken Bandes aus der Druckerei zurück. Dafür brachte die „Krebbel-Zeitung" einen „Zweiten Theil der großen Unbekannten" und auf zehn Stunden in der Runde herrschte ungeheure Heiterkeit. Nun wärmt sich mit einem Male nach schier einem Vierteljahrhundert die „große Unbekannte" als „Offenbacher Frau" wieder auf!"

— Auch ein Grund. Zwiegespräch im Restaurant: „Kellner, warum findet man denn bei Ihnen nie Zahnstocher auf dem Tische?" — „Das will ich Ihnen sagen: Früher stellten wir immer welche auf, aber wir unterließen es schließlich, weil die Gäste sie doch immer mitnahmen, wenn sie dieselben gebraucht hatten!"

— Herr v. Talleyrand sah eines Morgens seinen Koch betrübt am Eingang der Küche stehen. „Warum so traurig?" fragte der berühmte Diplomat. — „In einigen Tagen soll die Welt untergehen," antwortete der Koch; die Thiere müssen am vierten und die Menschen am sechsten Januar sterben!" — „Guter Gott," rief Herr v. Talleyrand, „wer wird dann am fünften für mich kochen?"

Literarisches.

Pohl, Handbuch der landwirthschaftlichen Rechnungsführung. Berlin, Wiegandt, Hempel u. Parey. Das Buch giebt eine genaue Anleitung zur landwirthschaftlichen Buchführung und Rechnungsführung mit den erforderlichen Beispielen und Uebungen. Das Buch wird vielen Landwirthen ein sehr willkommenes Hülfsbuch sein, das sie bei Anlage ihres Rechnungswesens oft und erfolgreich zur Hand nehmen werden. Das Buch ist eben so übersichtlich wie praktisch angelegt.

Jahresbericht über die Fortschritte im landwirthschaftlichen Maschinenwesen. Vierter Jahrgang. Im Auftrage des Vorstandes der Prüfungsstation für landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe zu Halle a. S. verfaßt von Dr. Albert Wüst, mit 116 Abbildungen. Berlin, Wiegandt, Hempel und Parey. Alle neuesten wichtigen Erfindungen auf dem Gebiete des landwirthschaftlichen Maschinenwesens werden hier durch treffliche Abbildungen vorgeführt und in ihrer Arbeit geprüft und gewürdigt. Jeder Landwirth wird sehr viel des Neuen und Lehrreichen finden und mehr aus dem Buche gewinnen, als aus einer großen landwirthschaftlichen Ausstellung.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 29. Dezember. Offiziöserseits wird erklärt, die Angaben der Blätter, namentlich die Mittheilungen der „Kölnischen Zeitung", daß die Konvention betreffs Novibazar mit der Pforte bereits perfekt und abgeschlossen, seien unwahr und willkürlich konstruirt, ebenso die detaillirten Angaben über den Inhalt. Thatsache sei nur, daß die Pforte gewillt sei, eine Konvention abzuschließen, und daß Verhandlungen bereits gepflogen und bis jetzt befriedigend verlaufen seien.

Aus Krakau berichtet das „Neue Wiener Tageblatt", daß auch in Kiew wieder ernste Unruhen ausgebrochen sind. Die Studenten protestirten gegen die unbegründete Schließung der Universität, drangen bewaffnet in das Universitätsgebäude ein, entwaffneten die dortigen Stadtgendarmen, zertrümmerten die Lehrstühle und hefteten fulminante Proteste gegen die Behörde an. Mittlerweile marschirten zwei Kompagnien Lokaltruppen heran und drangen auf die Studenten ein, wobei ein blutiger Kampf entstand. 80 Verwundete und Todte sind zu beklagen. Zahlreiche Verhaftungen fanden statt. In Kiew herrscht große Aufregung.

Wien, 29. Dezember. Der Minister Teschenberg erhielt das Kommandeurkreuz des Leopoldordens, Hofrath Doczi das Komthurkreuz des Franz-Josef-Ordens.

Der Abschluß des österreichisch-französischen Handelsvertrages auf der Basis eines Meistbegünstigungsvertrages ist bevorstehend.

Paris, 29. Dezember. Die betreffs einer Reorganisation der Verwaltung Algeriens eingesetzte Kommission wird am 3. Januar unter dem Vorsitz Dufaure's zusammentreten. General Chanzy, der General Gouverneur Algeriens wird den Sitzungen beiwohnen.

Die Minister werden am 4. Januar Paris verlassen, um in den Departements ihren Pflichten als Wähler bei den Senats-Wahlen nachzukommen.

Rom, 29. Dezember. Der „Courrier d'Italie" dementirt die Angaben des „Deutschen Reichsanzeigers" bezüglich des Briefes des Papstes an den deutschen Kaiser. Er behauptet, daß der Brief Leo's zur Zeit des Einzugs in Berlin wirklich abgeschickt worden sei, ob der Kaiser nach seiner Rückkehr schon geantwortet habe, sei ungewiß. Das Blatt sagt, daß der Vatikan trotz des im „Osservatore Romano" der „Germania" gespendeten Lobes, deren Haltung mißbillige, weil eine Modifikation der Maigesetze noch keineswegs außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liege.

Ich überlasse natürlich die Verantwortlichkeit für diese Notizen dem „Courier d'Italie."

Rom, 29. Dezember. Aus dem amtlichen Dementi eines neuen Briefwechsels zwischen Kaiser und Papst ist vielfach der Schluß gezogen worden, daß die Verhandlungen zwischen Berlin und hier in's Stocken gerathen oder gar abgebrochen seien. Dieses Gerücht ist vollkommen falsch. Die Verhandlungen dauern im Gegentheil, wie ich von bestunterrichteter Seite höre, fort, bleiben jedoch noch immer in das strengste Geheimniß gehüllt.